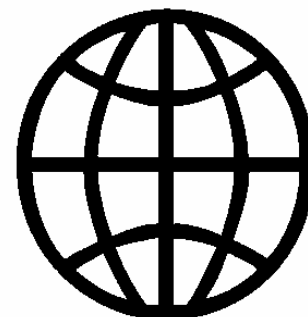

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung



Rüstungsexportbericht 2003 der GKKE

Vorgelegt von der
GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte

Inhaltsverzeichnis

Anstelle eines Vorworts	5
1. Die Berichterstattung durch die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung	7
1.1 Auftrag	7
1.2 Leitende Gesichtspunkte für die Beurteilung	7
2. Rüstungsexportpolitik im Kontext von Rüstungsdynamik und Kriegen	10
2.1 Weltrüstungsausgaben und weltweiter Handel mit Rüstungsgütern	10
2.2 Kriege und Entwicklungspolitik	12
2.2 Abgaben auf Rüstungsexporte - Mittel für einen Hungerfonds	14
3. Rüstungsexportpolitik im europäischen Kontext	18
3.1 Rüstungsexporte aus EU-Staaten	18
3.2 EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte	20
3.3 EU-Jahresbericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex	23
3.4 Rüstungsexport als Thema des Europäischen Parlaments	24
3.5 Zukünftige Perspektiven einer europäischen Rüstungsexportpolitik	25
4. Deutsche Rüstungsexportpolitik	28
4.1 Die Koalitionsabsprachen der Regierungsparteien von 2002	28
4.2 Die Bundestagsdebatte am 10. April 2003 zum Rüstungsexportbericht 2001	30
4.3 Neue Entwicklungen	32
5. Deutsche Rüstungsexporte in Entwicklungsländer: Der Streit um die Zahlen	36
5.1 Bewertung von Rüstungstransfers	36
5.2 Definitionen und Abgrenzungen	38
5.3 Was sind 'Entwicklungsländer'?	40
5.4 Schlussfolgerungen	42
6. Deutsche Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern außerhalb der NATO und ihr gleichgestellter Staaten	44
6.1 Deutsche Genehmigungen von Rüstungsausfuhren im europäischen Vergleich	44
6.2 Genehmigungen von Rüstungsausfuhren in Entwicklungsländer	45
6.3 Die offiziellen Zahlen im Vergleich mit Angaben aus anderen Quellen	47
6.4 Bewertung	48
7. Hermes-Kredite und Rüstungsexporte	49
8. Aktuelle Kontroversen	52
8.1 Irak	52
8.2 Indonesien	55
8.3 Israel	58
8.4 Saudi-Arabien	64
9. Die Verbreitung von Kleinwaffen als Herausforderung der Sicherheit in Deutschland und weltweit	69
9.1 Kleinwaffen als Herausforderung öffentlicher Sicherheit in Deutschland	69
9.2 Kleinwaffen als Herausforderung der internationalen Sicherheit	73
9.3 Überprüfungskonferenz zum Kleinwaffenaktionsprogramm der Vereinten Nationen	75

Anstelle eines Vorworts

Auszug aus den Statements von Prälat Dr. Karl Jüsten, Katholischer Vorsitzender der GKKE, und Prälat Dr. Stephan Reimers, Evangelischer Vorsitzender der GKKE, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Rüstungsexportberichts 2003 am 5. Dezember 2003 vor der Bundespressekonferenz in Berlin.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung befasst sich als eine Einrichtung der beiden großen Kirchen in Deutschland mit Fragen der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen. Seit 1997 legt sie jährlich einen Bericht vor - nun also zum 7. Mal -, der die deutsche Rüstungsexportpolitik unter den Aspekten der Friedensförderung, der Konfliktprävention und der Kohärenz mit anderen Zielen der Entwicklungspolitik bewertet. Die Rüstungsexportpolitik sehen wir als einen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der These, dass Entwicklungspolitik Friedenspolitik ist.

Aus den Zahlen des EU-Berichtes lässt sich für Deutschland ein leichter Rückgang von Rüstungsexporten ablesen: in 2002 betrug der Wert der Genehmigungen 3,2 Milliarden Euro, in 2001 waren es noch ca. 3,7 Milliarden gewesen.

Dies gilt dem Trend nach auch für die Genehmigungen von Lieferungen in Entwicklungsländer, die aber immer noch ca. 25 Prozent und damit ein bemerkenswertes Viertel des Gesamtgenehmigungswertes ausmachen. Also können wir keine Entwarnung geben, vor allem nicht, wenn wir uns die Empfängerländer im Einzelnen anschauen. Im Fall der beiden größten Empfängerländer außerhalb Nordamerikas und Europas im Jahr 2002 Israel (Genehmigungen in Höhe von 160 Mio. €) und Indien (Genehmigungen in Höhe von 106 Mio. €) z.B. sind Rüstungsexporte in Spannungsgebiete (Nahost- und Kaschmir-Konflikt) genehmigt worden.

Erneut ins Blickfeld geraten ist die Reformbedürftigkeit von Hermes-Bürgschaften. Es ist seit langem unsere Überzeugung, dass für Rüstungsexporte keine Ausfuhrleistungsgewährleistungen vergeben werden sollten. Hermes-Bürgschaften zielen auf eine Ausweitung von Exportgeschäften, sie ermöglichen Exporte gerade dort, wo sie ohne diese Absicherung nicht möglich wären. Damit steht die Anwendung dieses Instruments bei Rüstungsgütern in einem grundsätzlichen Gegensatz zu einer restriktiven Politik von Rüstungsexporten. Wir erwarten, dass bei der angekündigten Überarbeitung der Leitlinien für Ausfuhrleistungsgewährleistungen dieser Widerspruch beseitigt und ein genereller Ausschluss von Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte festgeschrieben wird.

Erstmals haben wir in unseren Bericht einen Abschnitt aufgenommen, der sich jenseits der Problematik staatlicher Rüstungsexporte mit dem noch neuen Phänomen privatisierter Sicherheit befasst. Gemeint sind damit die sog. Private security corporations, die sich dem Personen- und Objektschutz, aber auch dem Training und der Ausbildung von Militär und Polizei widmen. Der Jahresumsatz dieser Firmen, von denen einige ihren Sitz in Deutschland haben, wird auf mehrere Milliarden US-Dollar geschätzt. Deutschland steht hier vor der Aufgabe, gemeinsam mit anderen EU-Staaten Regelungen zu finden, um den Export militärischer bzw. gewaltbewehrter Dienstleistungen zu kontrollieren und einzudämmen. Die GKKE veröffentlicht ihren 7. Rüstungsexportbericht zu einem Zeitpunkt, da die Bundesregierung ihren Bericht über 2002 noch immer nicht vorgelegt hat - eine nach Auffassung der GKKE unakzeptable und nicht nachvollziehbare Verzögerung der Rechenschaftslegung.